

Stellungnahme der Fraktionen der SVV Potsdam zum öffentlichen Positionspapier des Kreisschulbeirats / Kreiseelternrat für Potsdam & Potsdam Mittelmark

Fraktionen	Grüne Bündnis 90	MittelnPotsdam	SPD	Die Linke	CDU	FDP	AFD	BÜNDNIS für VERNUNFT UND GERECHTIGKEIT – Wählerinitiative (BfW) Potsdam	Die aNDERE	Freie Fraktion
<p>1.) Unterstützen Sie die Position unter Positionspunkt 1 „Gemeinsame Schulentwicklungsplanung Potsdam & Potsdam-Mittelmark“ und fordern die die zuständigen Schulträger zu einer entsprechenden Zusammenarbeit auf?</p>	<p>Ja, siehe Wahlprogramm: „Wir brauchen dafür einen guten Schulentwicklungsplan und Investitionen in neue Schulen, wo derzeit noch nicht ausreichend Plätze vorhanden sind. Bei allen Neubauten und Sanierungen sollen Schulen inklusiv gestaltet werden. Das heißt, dass die Unterrichts- und Aufenthaltsräume barrierefrei zugänglich sind. Das wollen wir in den nächsten fünf Jahren erreichen: In Zusammenarbeit mit den angrenzenden Landkreisen erarbeiten wir eine regionale Schulentwicklungsplanung und gestalten auf dieser Grundlage eine gemeinsame Bildungslandschaft. Dementsprechend werden wohnortnahe Schulen mit attraktivem (z. B.) reformpädagogischen Profil in städtischer Trägerschaft gegründet. Um lange Fahrzeiten von Schüler*innen zu vermeiden, setzen wir uns auf Landesebene dafür ein, dass zumindest ein gewisser Prozentsatz an Schulplätzen nicht leistungs sondern wohnortbezogen vergeben werden muss.“</p>	<p>im Namen der Fraktion Mitten in Potsdam und der Wählergruppe Bündnis Niekisch-Friedrich: Mitten in Potsdam möchte ich Ihnen, möchten wir Ihnen sehr für Ihre Initiative und insbesondere die hochaktuellen 5 Punkte Ihrer Positionen und Forderungen danken. Wir teilen diese nahezu ausnahmslos und möchten uns dafür in der neuen Wahlperiode einsetzen und vor allen Dingen Mehrheiten dafür in der Stadtverordnetenversammlungen helfen zustande zu bringen: zu 1. Wie schon im Bildungsausschuss betont: Es ist sehr misslich, dass das Landdeshulgesetz hier nach wie vor keine eindeutigen und verbindlichen Regelungen trifft. Deshalb ist es überfällig, dass die LHP und der Landkreis PM umgehend eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung angehen, von der beide Seiten organisatorisch und finanziell, besonders aber die Schülerinnen und Schüler, profitieren!</p>	<p>Diese Forderung wird von uns ausdrücklich unterstützt und bereits aktiv begleitet. Aus unserer Sicht wäre sogar zu überlegen, wie eine darüberhinausgehende Betrachtung ausgestaltet werden kann. Denn, auch hier gilt: zieht man auf der einen Seite des Tischtuches, hat es Auswirkungen auf das Ende.</p>	<p>a) Unterstütze ich (wie auch meine Fraktion, gilt auch für die folgenden Antworten) unbedingt - das ist ja ein Thema, das auch wir schon länger verfolgen und forcieren und auch weiterhin tun werden.</p>	<p>Nur mit einer gemeinsamen SEP werden wir die Herausforderungen in der Landeshauptstadt gemeinsam mit dem Umland lösen können. Der integrierte Ansatz in Potsdam ist schon ein erster Schritt, um Kita und Schule besser zu verzahnen. Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse war ebenfalls eine erste Initiative. Allerdings müssen Positionen vorher ausgetauscht werden, um auch Beschlüsse fassen zu können. U.E. macht es sich der Landkreis zu leicht und lässt die LHP mit der Herausforderung „gute Schulen“ zu bauen allein. Die Vorfinanzierung neuer Schulbauten ist eine riesige Herausforderung und dem wird der spätere Schulostenausgleich nicht gerecht. Hier sind natürlich auch Regelungen auf Landesebene gefordert. Wir haben aus der gemeinsamen Sitzung mitgenommen, dass beide Schulträger enger in den Austausch gehen wollen. Dies werden wir konstruktiv begleiten.</p>	<p>Die FDP Potsdam unterstützt diese Forderung und tritt dafür ein, alle Möglichkeiten zu prüfen, um für die zukünftigen Jahre jeweils eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung zu erreichen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei in einer gemeinsamen Vorfinanzierung neuer Schulbauten, Erweiterungen und Ausstattungen, basierend auf den anzunehmenden oder prognostizierten Zahlen der nach Potsdam ein- oder aus der Stadt auspendelnden Schülerzahlen. Es sollte zudem geprüft werden, inwieweit Flächen im Landkreis Potsdam-Mittelmark für neu zu errichtende Schulen gemeinsam genutzt werden können, um die Akzeptanz der anliegenden Bevölkerung zu verbessern sowie die Kosten zu reduzieren. Ein entsprechender Antrag wurde durch uns auch in die SVV eingebracht.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>	<p>Ihre Fragen möchten wir durchweg mit Ja beantworten. Ein gemeinsames Vorgehen bei der Schulentwicklungsplanung wird seit längerem gefordert. Es ergibt sich zwingend aus den wechselseitigen Abhängigkeiten, die insbesondere zwischen der Landeshauptstadt und dem Landkreis Potsdam Mittelmark bei der Schulentwicklung bestehen und die die durch eine wirksame Abstimmung zum gegenseitigen Vorteil gelöst werden können. Eine verbindliche gemeinsame Planfeststellung ist zwar aus rechtlichen Gründen nicht möglich, aber im Rahmen der interkommunalen Kooperation ist bei gutem Willen eine weitgehende Annäherung erreichbar. Dafür setzen wir uns ein. Das gilt in ähnlicher Weise für Teltow-Fläming und die Stadt Brandenburg an der Havel.</p>	<p>Die aNDERE unterstützt ausdrücklich eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Neben den fehlenden Flächen innerhalb des Stadtgebiets sind aber wohnortnahe Be- schulung und ein sich dadurch reduzierender Pendelverkehr ausreichende Gründe für eine gemeinsame Planung. Unsere Fraktion hat sich bereits in der nun ablaufenden Legislaturperiode dafür stark gemacht – beispielsweise bei der Planung des neuen Schulzentrums in der Waldstadt in Verbindung mit der angrenzenden Gemeinde Nuthetal. Ende April 2024 gab es auch eine erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Bildung und Sport. Dies muss als Beginn gesehen werden, um in den entsprechen den Arbeitsgruppen zukünftig gemeinsam zu planen</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>
<p>2.) Unterstützen Sie die Position unter Positionspunkt 2 „Schulvielfalt“?</p>	<p>a, siehe oben und Wahlprogramm: „Wir wollen Schule nicht verwalten, sondern Bildungsprozesse gestalten. Für uns ist daher Schulentwicklungsplanung mehr als Raumplanung. Wir wollen Bildungsplanung mit Beteiligung der Schulgemeinschaft, der Eltern und der Akteure vor Ort gestalten. Der Leitgedanke bei der Schulentwicklung ist eine Bildungslandschaft, die den Rahmen für eine Schule des 21. Jahrhunderts bietet. Diese ist durchlässig für individuelle Bildungswege und bietet Lehr- und Lern-Umgebungen, die differenziertes Lernen ermöglichen.“</p>	<p>Zu 2. Die Vielfalt der Schulprofile, insbesondere bei weiterführenden Schulen, gehört seit jeher zur DNA unserer Bildungspolitik. Wir werden in der Stadt und auch bezüglich des Landes alles dafür tun, dass sich dies als Maßstab weiter durchsetzt. Hier müssen vor allen die Fraktionen und Parteien, die zwischen 2019 und 2024 vielfach die Mehrheitsbildung in der STV in der Hand hatten, flexibel und offenen werden. An uns wird dies nicht scheitern.</p>	<p>Eltern wählen – nachvollziehbar – gezielt Schulen an, die ihrem Anspruch an guter Bildung aber auch ihren persönlichen Erziehungsstil in Einklang bringen. Da hat die Reformpädagogik zurecht einen anderen Stellenwert erhalten. Klar ist aber auch, Konzepte stehen und fallen mit den handelnden Personen – zu vorderst den LehrerInnen – vor Ort. Was aus unserer Sicht dringend erforderlich ist, ist eine gemeinsame Diskussion zur Frage: Was macht eine gute Schule aus. Wir sind uns sicher, dass die Betrachtung des Lebensraum Schule am Ende eine deutlich andere und deutlich am Kind orientierte sein wird. Mit Blick auf die PISA-Ergebnisse und die Hinweise aus einschlägigen Studien ist es mehr als geboten. Wir konnten es uns, genau genommen, noch nie erlauben auch nur ein Kind zurücklassen, in dem die individuelle und bedarfsgerechte Förderung versagt würde. Nicht nur aus ökonomischer Sicht. Vielmehr aus Respekt jedem einzelnen Menschen gegenüber.</p>	<p>b) Der Schulvielfalt stimme ich auch zu, weise allerdings darauf hin, dass die Profilierung Angelegenheit der Schulen ist und am Ende von Beschlüssen der Schulkonferenz abhängt - wir können als Schulträger nur die Schulfom bestimmen und Raummöglichkeiten schaffen, die solche Profile unterstützen (Stichwort Schulzentrum am Stern).</p>	<p>Für uns als CDU zählen v.a. der Schüler-/Elternwillen. Insofern sollte sich das Angebot auch an den Wünschen ausrichten. Unser Ziel ist es, dass am Ende der jeweiligen U -Verfahren sehr wenige SuS übrig bleiben, die nicht ihren Wunsch erhalten haben. Uns ist auch bewusst, dass dies nie der Fall sein wird - die Quote jedoch gering zu halten, dies muss unser Ziel sein.</p>	<p>Die FDP Potsdam setzt sich für den Erhalt und den Ausbau einer vielfältigen Schullandschaft mit unterschiedlichen Schulträgern und unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, auch solchen mit reformpädagogischem Ansatz, ein. Die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern sollen aus sich aus einem möglichst breiten Angebot die für sie am besten passende Schule aussuchen können.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>	<p>Ja</p>	<p>Die Stadt Potsdam ist zwar nicht für die Lehrinhalte an den städtischen Schulen zuständig, kann aber als Schulträger Einfluss auf den Alltag der Lehrer*innen und Schüler*innen nehmen. Die Bereitstellung großzügiger und geeigneter Räumelichkeiten entscheidet oft über die Durchführung pädagogischer Angebote und thematischer Schulprofile. Die aNDERE setzt sich daher dafür ein, dass staatliche Schulen gut ausgestattet sind genug Schulsozialarbeit attraktive Gebäude und eine günstige Verkehrsanbindung erhalten sowie genug Platz für Erweiterungen haben. Nur große Gesamtschulen mit modernen Schulkonzepten – am besten als Schulzentrum mit inkludierter Grundschule – können den Trend zu Gymnasien und Privatschulen stoppen. An ihnen kann der Heterogenität der Kinder und Jugendlichen begegnet jeder Schulabschluss erreicht sowie die Vielfalt pädago gischer Konzepte am besten realisiert werden. Darüber hinaus können sie durch eine kontrollierte Nutzung am Nachmittag in den Stadtteil hinein wirken</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>
<p>3.) Unterstützen Sie die Position unter Punkt 3 „Sachliche und räumliche Voraussetzung“ in der Weise, dass eine messbare Verbesserung auf Basis von konkreten Maßnahmen durch den Schulträger erfolgen soll?</p>	<p>Ja, siehe oben und Wahlprogramm: „Bei allen Neubauten und Sanierungen sollen Schulen inklusiv gestaltet werden. Das heißt, dass die Unterrichts- und Aufenthaltsräume barrierefrei zugänglich sind.“</p>	<p>Zu 3. Selbstverständlich gehören dazu unabdingbar die räumlichen Voraussetzungen bezüglich Ausstattung, Raum und Klassengrößen. Dafür müssen auch Stadt und Land noch deutlichere finanzielle Prioritäten setzen.</p>	<p>Damit Schule dem Anspruch der an sie gestellt wird, gerecht werden kann, muss sie entsprechend ausgestattet und gestaltet sein. Punkt. Das können Kommunen jedoch nicht allein. Hier müssen Land und Bund zwingen ihren Teil dazu beitragen. Auch sie profitieren davon, wenn Schule einen guten Job machen kann. Das schließt die kontinuierliche Instandhaltung mit ein.</p>	<p>c) Stimme ich im Grunde nach auch zu, allerdings gibt es hier immer wieder auch Finanzierungsprobleme bei der Vergabe von Krediten, wenn man von den Vorgaben abweicht zu stark. Nichtsdestotrotz berücksichtigen neue gebaute Schulen das bereits.</p>	<p>Leider stehen wir im Konkurrenzkampf mit anderen pflichtigen Leistungen und können den Euro nur einmal ausgeben. Insofern müssen wir v.a. bei den Landesvorgaben ansetzen. Ein wichtiger Aspekt beim Bau neuer Schulstandorte wird jedoch sein, dass wir die Experten (beauftragte Lehrkraft zur Schulgründung, ihre Expertise) frühzeitig einbeziehen. Nur so können wir sicherstellen, dass wir zunächst das Mindestmaß erfüllen, aber die „neuen“ Ansätze/Konzepte mitdenken und damit dann auch umsetzen.</p>	<p>Die FDP Potsdam unterstützt die bestmögliche Ausstattung von Schulen und deren räumlichen Voraussetzungen. Dies betrifft vor allem die Anpassung der Schulplätze an das prognostizierte Bevölkerungswachstum in Potsdam (und umliegenden Gemeinden), sodass eine Überbelegung oder Ad-hoc-Erweiterungen von Schulen vermieden wird. Hierbei fordern wir eine kontinuierliche Beobachtung und Neubewertung der demografischen Zahlen und eine agile Anpassung der Planung neuer Schulen mit einer Vorlaufzeit von weniger als 24 Monaten. Zudem fordern wir eine zeitgemäße Ausstattung der Fachräume, insbesondere im MINT-Bereich.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>	<p>Ja</p>	<p>Die aNDERE setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass die Nutzer*innen beim Neubau und der Sanierung von Schulen mehr Mitspracherechte haben, sodass Bedarfe besser ermittelt und auch umgesetzt werden. Dafür braucht es allerdings deutlich mehr städtische Mittel für Sanierung, Verschönerung und Ausstattung von Schulen und deren Sporthallen, für die wir uns stark machen. Insbesondere bei Schulneu bauten beharren wir auf die Schaffung von Schulhöfen, wettkampftauglichen Sportplätzen sowie Räumen für Frühstück, Abendveranstaltungen und zusätzliche förderpädagogische, integrative und inklusive Angebote.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>
<p>4.) Unterstützen Sie die Position unter Punkt 4 „Lehrerengedärte“?</p>	<p>Ja, wir sehen die Ausstattung von Lehrenden mit standardisierten Endgerät als Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierung und Medientwicklung in den Potsdamer Schulen. Dasselbe gilt für Schüler*innen. Dafür haben wir in dieser Wahlperiode mit viel Einsatz die Voraussetzungen schaffen können. Für die Umsetzung noch in diesem Jahr und die Bereitstellung der Mittel stehen wir. Dafür setzen wir uns im Rahmen der Medientwicklungsplans für Schulen auch zukünftig weiter ein.</p>	<p>Zu 4. Ja, mit dem Kompetenzkonflikt zwischen den kommunalen Schulträgern und dem MBS bei der ausreichenden digitalen Ausstattung haben Sie ein großes Ärgernis angesprochen. Praktisch läge es doch am Nächsten, wenn die Kommune das in der Hand behält, weil man vor Ort weiß, was gebraucht wird. Dafür hat das Land aber die Kommunen finanziell besser auszustatten.</p>	<p>Digitaler Unterricht lässt sich schwer gestalten, wenn Lehrer:innen über keine oder nicht kompatible Endgeräte verfügen. Hier muss es schleunigt eine Einigung mit dem Land geben. Denn auch hier ist klar, die Kommunen dürfen mit auch weiterhin dran und sind daher auch hier auf einer Wellenlänge, aber alles auf 1x ging einfach nicht. Ressourcenverschwendung, dann lieber einen anderen Weg wählen zur adäquaten Ausstattung.</p>	<p>d) Das liegt meines Erachtens in der Hand des Arbeitgebers bzw. Dienstherrn und ist damit Aufgabe des Landes, nicht der Schulträger. Grundsätzlich ist es aber begrüßenswert, wenn die Geräte dann auch sinnvoll nutzbar sind und nicht so stark eingeschränkt wie in Berlin, wo der Sinn in Widersinn verkehrt wurde dadurch und man am Ende mit 2 Endgeräten rumlaufen muss (ein privates und ein dienstliches), um handlungsfähig zu sein - absolute Ressourcenverschwendung, dann lieber einen anderen Weg wählen zur adäquaten Ausstattung.</p>	<p>Ja</p>	<p>Die FDP Potsdam möchte die Digitalisierung an Schulen konsequent vorantreiben und deren IT-Infrastruktur verbessern. Dazu gehört für uns auch die angemessene Ausstattung von Lehrkräften mit Endgeräten sowie deren Schulung im Umgang und Nutzen von diesen. Damit Lehrkräfte sich auf ihre Kernaufgabe - das Unterrichten - konzentrieren können, sollen sie dabei durch einen „digitalen Hausmeister“ an allen Schulen unterstützt werden. Daher unterstützen wir die Einführung eines IT-beauftragten in den Schulen, der direkt vor Ort technische Probleme behebt und die digitale Weiterentwicklung betreut.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>	<p>Ja</p>	<p>Ihre Position zur Auflösung der unsäglichen Märs des Zuständigkeitskonflikts für die digitale Ausstattung der Lehrkräfte unterstützen wir. Hier bedarf es einer ein fachen und zügigen Entscheidung inklusive der raschen finanziell unterstützten Umsetzung ebenerner</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>
<p>5.) Unterstützen Sie die Position unter Punkt 5 „Schulsozialarbeit und Schulpädagogie“? Werden Sie für die nächste Legislaturperiode einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung / des Kreistages unterstützen, welcher die fortlaufende Finanzierung der bestehenden Schulsozialarbeit sichert, und sich auch für einen weiteren Ausbau einsetzt?</p>	<p>Ja, siehe Wahlprogramm: „Wir bauen die Schulsozialarbeit aus und nutzen dafür z. B. Fördermittel des Bundesjugendministeriums für Umbrüche. Deshalb müssen die Schulen, vor allem die größeren, mit so viel Personal bezüglich sozialer und psychologischer Betreuungsmöglichkeiten ausgestattet werden, dass Konflikte angegangen und gelöst werden können und nicht einfach „liegenbleiben“. Die Folgen bei einer Vernachlässigung dieser Aufgaben sind viel gravierender als die Schwerpunktbildung an dieser sensiblen Stelle. Auch hier müssen die Forderungen nicht nur gegenüber Stadt- und Landkreis, sondern gegenüber dem Land deutlich verstärkt werden. Von ihnen und den politisch Verantwortlichen, also den Gewählten.“</p>	<p>Zu 5. Ja, Schulen sind in heutiger Zeit mit vielfältigen Anforderungen sozialer Art, mit Integration oder Konklusion oft auch ein Brennpunkt sozialer Entwicklungen und Umbrüche. Deshalb müssen die Schulen, vor allem die größeren, mit so viel Personal bezüglich sozialer und psychologischer Betreuungsmöglichkeiten ausgestattet werden, dass Konflikte angegangen und gelöst werden können und nicht einfach „liegenbleiben“. Die Folgen bei einer Vernachlässigung dieser Aufgaben sind viel gravierender als die Schwerpunktbildung an dieser sensiblen Stelle. Auch hier müssen die Forderungen nicht nur gegenüber Stadt- und Landkreis, sondern gegenüber dem Land deutlich verstärkt werden. Von ihnen und den politisch Verantwortlichen, also den Gewählten.“</p>	<p>Potsdam hat sich mit einem Grundsatzbeschluss bereits vor Jahren auf den Weg gemacht und so die Schulsozialarbeit in den Schulen kontinuierlich ausgebaut. Das heißt nicht, dass man sich nun ausruhen kann. Vielmehr gilt es nun, die tatsächlichen Bedarfe zusammenzutragen – bekannt sind sie vor Ort – und bedarfsgerecht auszustatten. Heißt, Schulen, die auf Grund von Größe und/oder Fallzahlen mehr Sozialarbeiter:innen brauchen, müssen diese auch bekommen. Ähnliches gilt bei den Schulpsychologen. Hier sollte der Einsatz jedoch zunächst miteinander diskutiert werden, da ihr Einsatzgebiet ein anderer ist. Prioritär sind sie für die Feststellung von Lernbehinderungen eingesetzt. Klar ist, es sind zu wenige und meist in Abordnungsstunden. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Ob jedoch jede Schule einen benötigt, ist bisher nicht abschließend geklärt. Möglicherweise könnten Poolösungen ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. .</p>	<p>e) Wir haben in dieser Legislatur durch- und umgesetzt, dass jede Schule endlich zumindest 1 Schulsozialarbeiter*in hat. Dass das bei entsprechend großen Schulen oder multiplen Problemlagen nicht ausreichend ist ist uns absolut bewusst und wir bleiben da auch weiterhin dran und sind daher auch hier auf einer Wellenlänge, aber alles auf 1x ging einfach nicht. Schulpsychologie wiederum liegt in der Verantwortung des Landes, unterstützen wir aber grundsätzlich auch, da es viel zu wenige gibt bisher, zumal bei den aktuellen Herausforderungen der Post-Corona-Zeit etc.</p>	<p>Wir haben den Weg in den letzten Jahren immer begleitet. Es ist gut, dass wir an jeder staatl. Schule einen Schulsozialarbeiter haben. Nach unserer Auffassung dürfen wir die nicht-staatl. Schulm jedoch nicht vergessen. Auch dort sind SuS aus unserer Stadt! Es wäre sehr schade, wenn wir bei den staatlichen Schulen die nächste Stufe initiieren und die freien Träger links liegen lassen. Ohne deren Arbeit könnte der Schulträger seinem Schulauftrag nicht gerecht werden. Leider wird dies in der Diskussion zu oft vergessen.</p>	<p>Die FDP Potsdam setzt sich für eine Verbesserung der mentalen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern ein. Daher unterstützen wir den Ausbau und die Verstärkung von schulpädagogischer und Sozialarbeit. Aufgrund der zu erwartenden, anhaltend hohen Zahlen von Geflüchteten, sollte ein umfassendes Konzept zur Integrationssozialarbeit durch die Stadt Potsdam erarbeitet werden.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>	<p>Ja.</p> <p>Zur Schulsozialarbeit weisen wir darauf hin, dass neben den Kommunen auch das Land verpflichtet ist, für die finanzielle Sicherstellung der Schulsozialarbeit zu sorgen. Unabhängig von dieser Komplementärfinanzierung unterstützen wir die Forderung nach einer Sicherstellung und einem weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit in kommunaler Verantwortung.</p>	<p>Die Anforderungen an den Sozialraum Schule werden anspruchsvoller. Dies kann und muss mit der Arbeit in multiprofessionellen Teams begegnet werden. Die aNDERE wird sich daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass Schulsozialarbeit als schulenunabhängiges Angebot der Jugendhilfe an allen Schulen weiter ausgebaut wird, dass Förderlehrkräfte endlich ihrer Profession nachgehen können und nicht in Vertretungsmustern festhängen, dass Schulbegleitungen und Hilfen zur Erziehung nach §35a SGB VIII schneller und unbürokratischer organisiert und bewilligt werden können und dass die Sport- und Freizeitangebote in der unter richtsfreien Zeit für Schülerinnen und Schüler verbessert werden.</p>	<p>Fraktion hat keine Stellungnahme abgegeben</p>